Am Mittwoch, 25. November, war der ehemalige Direktor des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, David Barnea, im deutschen Bundestag Gast bei einem „parlamentarischen Frühstück“. Eingeladen hatte das sogenannte „Nahost-Friedensforum“ (Naffo), ein proisraelischer Lobbyverein. Barnea ist aktuell „Global President“ des US-israelischen Rüstungsunternehmens Ondas Defense. Die Veranstaltung trug den Titel »Exklusiv: Hinter den Kulissen des Mossad« und richtete sich nach Angaben einer Naffo-Sprecherin ausschließlich an geladene Abgeordnete, wie die Tageszeitung nd berichtete. Die Schirmherrschaft für die Veranstaltung hatte Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz (stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums) übernommen. An dem Treffen hatte es im Vorfeld Kritik auch aus der eigenen Partei gegeben. Ein Artikel von **Maike Gosch**.

Am 19. November hatte das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) zudem mitgeteilt, dass es bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen David Barnea erstattet habe. Die Menschenrechtsorganisation wirft ihm wegen der Pager-Angriffe im Libanon Völkerrechtsverbrechen vor. Barnea war nach eigenen Angaben maßgeblich an der Planung und Durchführung der Angriffe mit sprengstoffpräparierten Pagern und Walkie-Talkies im Libanon im September 2024 beteiligt. Die koordinierten Explosionen töteten mindestens 37 Menschen und verletzten mehr als 3.400 Personen, darunter zahlreiche Zivilpersonen. Das ECCHR forderte die Bundesanwaltschaft zudem auf, einen Haftbefehl gegen Barnea zu erwirken und ihn bei der Einreise nach Deutschland festnehmen zu lassen. Dies ist aber bisher nicht geschehen, so dass Barnea an der Veranstaltung teilnehmen konnte.

Auch die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international hatte sich am Dienstag in einem offenen Brief an den Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz sowie die Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann und Katharina Dröge gewandt und ihnen dringend davon abgeraten, Barnea unter diesen Umständen eine Plattform im Deutschen Bundestag zu bieten. Die Organisation kritisierte insbesondere die Glorifizierung der mutmaßlichen Kriegsverbrechen im Einladungstext.

Sechs Abgeordnete der Linken, unter anderem Desiree Becker und Tamara Mazzi, protestierten vor dem Veranstaltungsraum im Paul-Löbe-Haus. Sie hielten dabei Bilder von Zivilisten hoch, die bei den sogenannten Pager-Attacken verletzt und verstümmelt wurden, darunter auch Kinder. Becker und Mazzi blockierten zudem

durch eine Sitzblockade kurzzeitig den Zugang zu der Veranstaltung.

Ein junger jüdischer Aktivist kämpfte sich gegen den Widerstand der Ordnungskräfte und anderer Gäste der Veranstaltung in den Veranstaltungsraum und warf Barnea vor, ein Kriegsverbrecher zu sein. Das Video seiner Intervention ging in den sozialen Medien viral. Gefilmt wurde es von dem deutsch-jüdischen Journalisten Hanno Hauenstein.

Der Aktivist rief dem ehemaligen Mossad-Chef, wie in dem Video zu hören ist, zu:

> *„David Barnea, you are a war criminal. The Pager attacks in Lebanon, you are responsible for. Thousands of civilians and children were killed. Now you're trying to sell your military technology to the German elite. You are responsible for the deaths of thousands of children. 80 years later, you are in the same room where war criminals tried to exterminate our ancestors. Get out of Germany!"*
>
> *„David Barnea, Sie sind ein Kriegsverbrecher. Sie sind für die Pager-Angriffe im Libanon verantwortlich. Tausende Zivilisten und Kinder wurden getötet. Jetzt versuchen Sie, Ihre Militärtechnologie an die deutsche Elite zu verkaufen. Sie sind für den Tod Tausender Kinder verantwortlich. 80 Jahre später befinden Sie sich in demselben Raum, in dem Kriegsverbrecher versucht haben, unsere Vorfahren auszurotten. Verschwinden Sie aus Deutschland!"*

Er wurde von dem Sicherheitsdienst und weiteren, nicht uniformierten Personen gewaltsam aus dem Saal entfernt. Der Protest fand auch in den internationalen Medien Erwähnung. So berichtete auch die israelische Zeitung Haaretz darüber.

Inzwischen hat Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) die Bundestagsverwaltung angewiesen, Verfahren wegen möglicher Verstöße gegen die Hausordnung einzuleiten. Wohlgemerkt: Konsequenzen drohen nicht den Verantwortlichen für die Einladung eines Mannes, dem Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, sondern denjenigen, die gegen seinen Auftritt protestierten.

Seitdem kocht die Diskussion hoch. Auf der einen Seite wird von Grünen-Politikern wie Janosch Dahmen und auch Konstantin von Notz erklärt, das Schlimme an der Aktion sei die Störung des Friedens und der Verletzung der Würde des Hohen

Hauses. Außerdem sei es eine Vorverurteilung, Barnea als Kriegsverbrecher zu bezeichnen, wenn dieser noch nicht von einem Gericht verurteilt sei.

So schrieb Janosch Dahmen auf X:

> „Weil hier gerade politisch und rechtsstaatlich einiges durcheinandergeht: Ich teile die Einschätzung von
>
> @RonenSteinke

in seinem lesenswerten SZ-Kommentar zum Besuch von Barnea. Auch eine noch so lautstarke Vorverurteilung ersetzt keinen Nachweis eines Kriegsverbrechens.“

Dazu teilte er einen Screenshot der Überschrift Steinkes Artikel in der Süddeutschen Zeitung mit dem Titel: „Die Pager-Attacke auf die Hisbollah war kein Verbrechen.“

Doch seit wann bedarf es einer rechtskräftigen strafrechtlichen Verurteilung, um das Handeln eines Menschen politisch und moralisch beurteilen zu dürfen?

Zumal die Taten selbst und Barneas Beteiligung daran ja gar nicht infrage stehen – Barnea brüstet sich sogar selbst mit den Pager-Attacken. Unter den Getöteten und den Tausenden Verletzten waren zahlreiche Zivilisten, darunter auch Kinder. Doch selbst bei den angegriffenen Hisbollah-Mitgliedern stellt sich die Frage, ob es sich überhaupt um legitime militärische Angriffsziele handelte und ob Israel berechtigt war, auf libanesischem Staatsgebiet gezielt Menschen zu töten. Die Menschen, die Barnea ohne Anklage und ohne gerichtliches Urteil töten ließ, genießen offenbar weniger Schutz vor einer Vorverurteilung als er selbst vor öffentlicher Kritik.

Die Frage der individuellen strafrechtlichen Schuld Barneas ist zudem von der Frage zu unterscheiden, ob es angemessen ist, im Deutschen Bundestag einer Geheimdienstoperation eine Bühne zu bieten, die von renommierten Menschenrechtsorganisationen als mutmaßliches Kriegsverbrechen eingestuft wird. Und es geht auch nicht nur um die Pager-Attacken, es geht auch um all die anderen Kriegsverbrechen, für die Israel verantwortlich ist und die symbolisch durch so eine Einladung in den Bundestag als Ehrengast gutgeheißen werden.

Britta Haßelmann, Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen, verteidigte von Notz‘ Entscheidung für die Einladung und die Übernahme der Schirmherrschaft mit

dem Argument: „Für Abgeordnete ist es wichtig, Gespräche mit vielen Akteuren zu führen, gerade auch dann, wenn Positionen kritisch oder kontrovers diskutiert werden müssen.“ Und ließ es damit so klingen, als ginge es um eine komplette Kontaktsperre oder ein Gesprächsverbot, anstatt um die Einladung in den Bundestag als Ehrengast.

Auf der anderen Seite regte sich bei Mitgliedern und Unterstützern der Grünen bereits im Vorfeld Widerstand gegen diese Positionierung von Teilen der Parteispitze. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Taher Saleh hatte gegenüber der taz erklärt, dass jemand, dem schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen würden, im Bundestag nichts zu suchen habe. 185 Mitglieder der Parteibasis hatten im Vorfeld der Veranstaltung einen Antrag unterschrieben, in dem von Notz aufgefordert wird, sein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums niederzulegen. Es ist zu vermuten, dass es nach der Veranstaltung und dem dortigen Eklat innerhalb der Partei noch stärker brodeln wird.

Auch bei der Linken steigen die Spannungen beim Thema Israel. Nach dem Parteiausschluss der Berliner Abgeordneten Vanessa Emde aus der Partei Die Linke (unter anderem wegen ihrer Aussage, Staaten würden kein Existenzrecht genießen) hatte die Partei vielleicht gehofft, jetzt ein wenig Ruhe zu finden – aber weit gefehlt. Die Protestaktion im Bundestag zeigt, dass einige Mitglieder der Partei nicht von ihrer Haltung ablassen werden, die israelische Regierung stark zu kritisieren, wenn es um mutmaßliche oder mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit begangene Kriegsverbrechen geht. Wird es nach dem Ausschluss von Emde nun auch Parteiausschlussverfahren gegen die sechs an der Protestaktion beteiligten Abgeordneten geben?

So treibt die Nibelungentreue der deutschen politischen Führung zur israelischen Regierung immer tiefere Keile in die Parteienlandschaft und droht nun nicht nur bei der Linken, sondern auch bei den Grünen zu großen innerparteilichen Spannungen zu führen. Immer deutlicher wird der Riss zwischen einer Basis, die längst verstanden hat, wie verbrecherisch das Vorgehen der israelischen Regierung, der Armee und der Geheimdienste des Landes im Nahen Osten ist, und einer Parteiführung, die – eng verstrickt mit dem Establishment – an der Zwangsfessel „Staatsräson“ festhält und hierdurch in immer größere politische und moralische Verdrehungen gerät.

Titelbild: Screenshot X/@hahauenstein

Mehr zum Thema:

https://www.nachdenkseiten.de/?p=148206

https://www.nachdenkseiten.de/?p=144963

https://www.nachdenkseiten.de/?p=121506